

GENUG GEWARTET:

SALZBURG PACKT'S AN!

Landeswahl- programm 2025

Schule muss mehr sein als ein System zum Aushalten. Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, das Mitsprache ernst nimmt, Entscheidungen transparent macht und allen Schüler:innen gerechte Chancen bietet – egal ob in der AHS, BMHS oder Berufsschule. Demokratie darf nicht an der Klassenzimmertür enden, und Schüler:innenvertretung darf kein Insiderclub sein. Unser Ziel ist eine Schule, in der Mitbestimmung gelebt wird, psychische Gesundheit kein Tabuthema ist und jede Stimme zählt – klar, nachvollziehbar und auf Augenhöhe.

Frei denken. Frei leben. Frei lernen.

Die Direktion ist eine zentrale Führungsposition an jeder Schule – und soll demokratisch legitimiert sein. Um Mitsprache zu stärken und Vertrauen in Entscheidungen zu fördern, fordern wir, dass Direktor:innen alle fünf Jahre verpflichtend durch eine Zweidrittelmehrheit im Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) bestätigt werden müssen. Bei erstmaliger Bestätigung reicht auch eine einfache Mehrheit. So wird Verantwortung geteilt und die Schulautonomie aktiv mitgestaltet.

- Wir fordern eine Demokratisierung des Direktorats durch eine verpflichtende Bestätigung alle 5 Jahre mittels Zweidrittelmehrheit im SGA.

Schüler:innen der Oberstufe sollen selbst entscheiden dürfen, mit welchem Material sie im Unterricht mitschreiben. Ob analog oder digital – Eigenverantwortung und Selbstorganisation sind wichtige Schritte, die Schule vermitteln sollte. Ein starres Festhalten an bestimmten Materialien ist nicht zeitgemäß und schränkt die Freiheit der Schüler:innen unnötig ein.

- Wir fordern eine Wahlfreiheit bei der digitalen oder analogen Mitschrift im Unterricht für Oberstufenschüler:innen.

Im aktuellen Regierungsübereinkommen der Österreichischen Bundesregierung wird vorgesehen, dass es Modellregionen für eine gemeinsame Schule für 10- bis 14-Jährige geben soll. Wir fordern, dass solche Modellregionen auch vermehrt in Salzburg eingerichtet werden. Diese Modellregionen ermöglichen pädagogische Vielfalt und setzen neue Impulse im Schulwesen – auch in ländlichen Gebieten.

- Wir fordern die vermehrte Einrichtung von Modellregionen für eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen auch in Salzburg.

Um eine größere Vielfalt an Frei- und Wahlpflichtfächern zu ermöglichen, sollen Schulen regional stärker zusammenarbeiten. Oft finden sich für ein Frei- oder Wahlfach zu wenig Schüler:innen, die es belegen möchten. Durch Kooperationen zwischen nahegelegenen Schulen kann das Angebot an Frei- und Wahlfächern breiter und attraktiver gestaltet werden. Diese Zusammenarbeit soll gezielt gefördert werden – für mehr Wahlmöglichkeiten für alle Schüler:innen.

- Wir fordern eine breitere Förderung von Kooperationen zwischen Schulen zur Ausweitung des Angebots an Frei- und Wahlpflichtfächern.

Mentale Gesundheit ist kein Tabuthema – sondern eine Grundvoraussetzung für ein gutes Leben

Schule darf kein Ort sein, der Druck aufbaut, sondern muss ein Ort sein, der unterstützt. Gerade in Zeiten, in denen psychische Belastungen unter Jugendlichen stark zunehmen, braucht es mutige Schritte. Es reicht nicht, nur über mentale Gesundheit zu reden – wir müssen handeln. Von besserer Aufklärung über mehr Fachpersonal bis hin zu konkreten Unterstützungsangeboten: Wir setzen uns für eine Schule ein, in der jede:r gesehen, gehört und ernst genommen wird. Der Zugang zu professioneller psychischer Unterstützung ist essenziell. Doch gerade, wenn es um das Thema der Schulpsycholog:innen geht, gibt es oft ratlose Gesichter.

Die meisten Schüler:innen haben die:den eigene:n Schulpsycholog:in noch kein einziges Mal gesehen oder je von ihr gehört. Das muss sich dringend ändern.

- Wir fordern daher, dass sich der:die Schulpsycholog:in verpflichtend an allen Schulen am Anfang des Schuljahres vorstellen muss.
- Wir fordern die verpflichtende Einführung schulpsychologischer Präsenz an Schulen sowie den Ausbau des entsprechenden Angebots.

Psychische Gesundheit darf kein Randthema mehr sein – weder im Alltag noch im Unterricht. Sie ist genauso wichtig wie körperliche Gesundheit und muss auch im Schulcurriculum verankert sein. Gerade der Biologieunterricht bietet die Chance, Themen wie Depression, Angststörungen oder Essstörungen wissenschaftlich fundiert, enttabuisiert und altersgerecht zu behandeln. Wenn Schüler:innen früh lernen, psychische Erkrankungen zu verstehen und offen darüber zu sprechen, fördert das nicht nur Selbstbewusstsein, sondern auch Empathie. Doch Aufklärung allein reicht nicht. Mental Health Days schaffen Raum für Austausch, Reflexion und Entlastung – sie setzen ein klares Zeichen, dass psychisches Wohlbefinden ernst genommen wird. Diese Tage müssen wieder aktiver im Schulalltag verankert werden, um das Thema sichtbar und greifbar zu machen. Zusätzlich braucht es verpflichtende Workshops zur psychischen Gesundheit an allen Schulen. Professionell begleitet und alltagsnah gestaltet, helfen sie Schüler:innen frühzeitig, auf sich selbst und andere zu achten – und zeigen, dass es völlig in Ordnung ist, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

- Wir fordern die Einbindung des Themas psychische Gesundheit im Biologieunterricht.
- Wir fordern Mental Health Days, um über das Thema zu informieren und Bewusstsein zu schaffen.
- Wir fordern verpflichtende Workshops zum Thema psychische Gesundheit für Schulklassen.

Regelmäßige Vorsorge rettet Leben – das gilt auch für die Psyche. Deshalb fordern wir eine jährliche psychologische Untersuchung an Schulen, angelehnt an die bestehende schulärztliche Untersuchung. So können Probleme früh erkannt und gezielt Hilfe angeboten werden – bevor sie sich verschärfen.

- Wir fordern die Einführung einer jährlichen psychologischen Untersuchung an Schulen am Vorbild der jährlichen schulärztlichen Untersuchung.

Lehrkräfte und Vertrauenslehrer:innen spielen eine entscheidende Rolle im Umgang mit der mentalen Gesundheit von Schüler:innen. Um diese Verantwortung gut wahrzunehmen, benötigen sowohl Klassenvorständ:innen als auch Schulärzt:innen regelmäßige und verpflichtende Fortbildungen zu psychischem Wohlbefinden. Nur so können sie frühzeitig erkennen, wenn Unterstützung nötig ist.

Vertrauenslehrer:innen, die oft die ersten Ansprechpersonen sind, brauchen eine klare Ausbildung und mehr Sichtbarkeit, um ihre wichtige Rolle im Schulalltag effektiv ausfüllen zu können. Daher ist es notwendig, das Konzept der Vertrauenslehrer:innen zu reformieren und zu stärken.

- Wir fordern regelmäßige Fortbildungen zu Mental Health für Klassenvorständ:innen und Schulärzt:innen.
- Wir fordern eine Stärkung des Konzepts für Vertrauenslehrer:innen an Schulen und ein breiteres Angebot an Weiterbildungen für diese.

Viele Hilfsangebote existieren bereits – aber kaum jemand kennt sie. Es braucht gezielte Informationsarbeit, damit Schüler:innen wissen, wohin sie sich wenden können. Einrichtungen wie das Ambulatorium am Ball oder die Kinder- und Jugendanwaltschaft (KiJA) sollen aktiv vorgestellt werden, um echte Zugänglichkeit zu schaffen.

- Mehr Aufklärung über externe Anlaufstellen für Schüler:innen wie zum Beispiel das Ambulatorium „Am Ball“ oder die KiJA in der Schule.

Verantwortung leben & Zukunft formen

Verantwortung leben und Zukunft formen. Mündigkeit bedeutet, selbstbestimmt Entscheidungen treffen zu können – im Alltag, in der Schule und darüber hinaus. Um Schüler:innen dabei zu unterstützen, braucht es konkrete Bildungsangebote. Wir fordern deshalb Workshops zu Themen wie wirtschaftlicher Selbstständigkeit, Drogenprävention, Finanzbildung und Sexualbildung. Aufklärung und Eigenverantwortung gehören zusammen – und sollen auch im Schulalltag gelebt werden. Schüler:innen müssen endlich auf ein mündiges Erwachsensein vorbereitet werden. Angebot von Workshops zum Thema Mündigkeit – zum Beispiel Drogenaufklärung, wirtschaftliche Bildung und Sexualbildung. Sexuelle Mündigkeit beginnt mit Wissen und dem Abbau von Tabus. Themen wie Menstruation dürfen im Unterricht nicht länger verschwiegen oder stigmatisiert werden. Schulen müssen Raum für offene, sachliche und inklusive Aufklärung bieten, um Scham und Verunsicherung zu vermeiden und das Selbstbewusstsein der Schüler:innen zu stärken. Gleichzeitig ist es wichtig, dass Menstruationsartikel wie Binden oder Tampons kostenlos und frei zugänglich sind, da Menstruation für viele Schüler:innen zum Alltag gehört. Es darf keine Barriere und keine Scham geben, wenn es um grundlegende hygienische Bedürfnisse geht – diese müssen in der Schule genauso selbstverständlich wie andere Grundbedürfnisse behandelt werden.

- Wir fordern eine stärkere sexuelle Aufklärung und Enttabuisierung der Periode im Schulunterricht.
- Wir fordern kostenlose und frei zugängliche Menstruationsartikel an allen Schulen.

Viele Schüler:innen wissen nicht, was die LSV ist oder was sie für sie tun kann. Das muss sich ändern. Die LSV soll aktiv und verständlich über ihre Arbeit informieren, ansprechbar sein und in jeder Schule sichtbar werden – damit wirklich alle wissen, wer ihre Interessen vertritt und wie sie sich selbst einbringen können.

- Wir fordern verpflichtende LSV-Aufklärung an allen Schulen in verständlicher und niederschwelliger Form.

Gerade in Zeiten von Informationsflut, Unsicherheit und digitaler Schnelllebigkeit ist es essenziell, jungen Menschen Orientierung zu geben. Wir fordern daher Workshops, die sich mit den Mechanismen von Radikalisierung, dem Aufbau von Feindbildern und populistischen Strategien auseinandersetzen. Dabei soll auch die Rolle von Medien und sozialen Netzwerken kritisch beleuchtet werden. Ziel ist es, Schüler:innen zu befähigen, Informationen besser einzuordnen, manipulative Inhalte zu erkennen und Vorurteile zu hinterfragen – als Beitrag zu einer starken, reflektierten und demokratischen Gesellschaft.

- Durchführung von Workshops zur Extremismusprävention, Populismuskritik und Medienkompetenz an allen Schulen.

Erste Hilfe kann Leben retten – und sollte deshalb kein freiwilliges Zusatzangebot, sondern ein selbstverständlicher Teil schulischer Bildung sein. Wir fordern, dass alle Schüler:innen einen verpflichtenden Erste-Hilfe-Kurs in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz absolvieren sollen. Dieser soll auch für den Führerschein angerechnet werden.

- Wir fordern verpflichtende Erste-Hilfe-Kurse an Schulen mit Anrechnung für den Führerschein.

Moderne Bildung braucht moderne Ausstattung. Viele Schulen hinken bei der digitalen Infrastruktur hinterher – schlechte Internetverbindungen, veraltete Geräte und fehlender technischer Support sind noch immer Realität.

- Wir fordern eine digitale Grundausstattung, die allen Schüler:innen zeitgemäßes Lernen ermöglicht – egal an welcher Schule.
- Wir fordern eine angemessene digitale Infrastruktur an allen Schulen.

Technologie verändert unsere Welt – und auch den Unterricht. Damit Lehrkräfte auf Entwicklungen wie Künstliche Intelligenz vorbereitet sind, braucht es gezielte Fortbildungen. Nur so kann sichergestellt werden, dass digitale Tools sinnvoll eingesetzt und kritisch reflektiert werden können.

- Wir fordern verpflichtende Weiterbildungen für Lehrkräfte zum Thema Künstliche Intelligenz.

Politik- und Finanzbildung ist ein zentraler Teil gelebter Demokratie – und muss stärker im Unterricht verankert werden. Wir fordern verpflichtende und qualitätsvolle Workshops zu diesen Themen an Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS).

- Wir fordern den Ausbau von Politik- und Finanzbildungsangeboten an AHSen.

Ebenso ist eine verstärkte sexuelle Aufklärung durch externe Expert:innen und Organisationen, die sensibel und professionell arbeiten, essenziell. Das Angebot hierfür muss weiter ausgebaut werden.

- Wir fordern eine verstärkte sexuelle Aufklärung durch externe Expert:innen zum Thema sexuelle Aufklärung und einen Ausbau des bereits bestehenden Angebots.

Sicherheit und Selbstvertrauen gehen Hand in Hand. Deshalb sollen Schüler:innen die Möglichkeit haben, an Selbstverteidigungskursen teilzunehmen. Gerade in einer Zeit, in der viele Jugendliche Unsicherheiten erleben, kann das Wissen um den eigenen Schutz ein wichtiger Schritt in Richtung Selbstbestimmung sein.

- Wir fordern die Förderung von Selbstverteidigungskursen an Schulen.

Schule gestalten, Demokratie erleben

Demokratie darf nicht nur im Unterricht Thema sein – sie muss im Schulalltag gelebt werden. Dafür braucht es mehr direkte Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schüler:innen sowie gezielte politische Bildung. Die Salzburger LSV muss sich dafür einsetzen, dass demokratische Strukturen an Schulen ausgebaut und gestärkt werden – etwa durch ein schulinternes SiP mit klarer Unterstützung bei der Organisation durch die LSV.

- Die LSV soll aktiv Schulen und ihre Schüler:innenvertretungen dabei unterstützen, schulinterne SiPs abzuhalten.

Politische Bildung darf nicht bei Schlagworten enden – sie muss verständlich und praxisnah vermittelt werden. Dafür braucht es regelmäßige Workshops für Schüler:innen zu Themen wie Demokratie, politischer Teilhabe und der Europäischen Union. So wird nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch Interesse geweckt und Teilhabe gestärkt.

- Angebot von teils digitalen und teils präsenten Fortbildungskursen zu den Themen Politik, Demokratie und Europäische Union für Schüler:innen.

Diskussionen auf Augenhöhe machen Politik greifbar – gerade für junge Menschen. Deshalb muss sich die LSV verstärkt für Podiumsdiskussionen an Schulen einsetzen. Dort können Schüler:innen direkt mit Politiker:innen oder Expert:innen diskutieren, Fragen stellen und ihre Meinung einbringen.

- Die LSV soll sich für mehr Podiumsdiskussionen an Schulen einsetzen.

Wenn die LSV wirklich im Sinne der Schüler:innen arbeiten will, muss sie wissen, was diese denken. Deshalb muss sie regelmäßig Online-Umfragen zu aktuellen bildungspolitischen Themen durchführen, um Meinungen einzuholen und diese in ihre Arbeit einfließen zu lassen.

- Durchführung regelmäßiger Online-Umfragen zu aktuellen bildungspolitischen Themen unter Schüler:innen.

Demokratie endet nicht im Klassenzimmer – sie muss auch innerhalb des Lehrer:innenkollegiums Platz finden. Um die Qualität des Unterrichts zu fördern und ein respektvolles Miteinander zu stärken, sollen anonymisierte Feedbackmöglichkeiten für Lehrer:innen geschaffen werden. So können Schüler:innen konstruktiv Rückmeldung geben und Schulen gezielt an Verbesserungen arbeiten.

- Einführung eines anonymisierten Lehrer:innen-Feedbacksystems zur Qualitätssteigerung und Förderung eines respektvollen und produktiven Schulklimas.

Transparenz: weil niemand gern im Dunkeln tappt

Die Landeschüler:innenvertretung muss transparent und nachvollziehbar arbeiten. Entscheidungen dürfen nicht im Verborgenen getroffen werden – alle Schüler:innen haben ein Recht darauf zu wissen, was ihre Vertretung tut.

- Deshalb fordern wir, dass die LSV einmal pro Semester einen verständlichen Transparenzbericht veröffentlicht, der sowohl Erfolge als auch Herausforderungen der vergangenen Monate aufzeigt. So wird Vertrauen gestärkt und Mitsprache ermöglicht.
- Die LSV soll mindestens einmal pro Semester einen Transparenzbericht veröffentlichen, in dem die wichtigsten Aktivitäten und Ergebnisse transparent dargestellt werden.

Die Verschwiegenheitspflicht in der LSV ist nicht mehr zeitgemäß. Schüler:innen haben ein Recht darauf, zu wissen, was ihre Vertretung tut. Entscheidungen hinter verschlossenen Türen schwächen das Vertrauen – offene Kommunikation stärkt es. Deshalb soll diese Pflicht fallen, damit transparent gearbeitet und diskutiert werden kann. Auch das Organisationsnennungsverbot in Schüler:innenparlamenten ist nicht nachvollziehbar. Wenn eine Organisation – gerade auch eine Schüler:innenorganisation – gute Arbeit leistet, soll das gesagt werden dürfen. Und wenn sie fragwürdige Dinge tut, genauso. Es geht nicht darum, Werbung zu machen, sondern um ehrliche, politische Diskussionen. Schüler:innen haben ein Recht auf volle Information, um sich selbst eine Meinung bilden zu können – das ist gelebte Demokratie.

- Wir fordern die Aufhebung der Verschwiegenheitspflicht der LSV sowie des Organisationsnennungsverbots bei Schüler:innenparlamenten.

Die meisten Schüler:innen wissen kaum, wie die LSV funktioniert oder welche Rechte ihnen zustehen – oft, weil die Informationen dazu schwer zugänglich oder nicht präsent genug sind. Damit echte Mitbestimmung möglich wird, braucht es gezielte Aufklärungsarbeit. Die LSV soll regelmäßig verständliches Infomaterial zu Schüler:innenrechten und zur Vertretungsarbeit bereitstellen und zusätzlich Workshops oder digitale Veranstaltungen anbieten.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Initiative LSV on Tour, die ausgebaut werden soll: Ziel muss sein, dass jede Schule zumindest angefragt wird – damit wirklich alle Schüler:innen die Chance bekommen, mit der LSV in Kontakt zu treten und sich zu informieren. Nur so kann die LSV ihrer Rolle als Vertretung aller Schüler:innen gerecht werden.

- Die LSV soll verständliches Infomaterial zu Schüler:innenrechten und Vertretungsarbeit bereitstellen sowie durch Workshops, digitale Formate und eine ausgebauten LSV on Tour-Initiative an allen Schulen aktiv informieren.

Es ist wichtig, dass alle Schüler:innen verstehen, wie die LSV gewählt wird und wie die Ergebnisse zustande kommen. Aktuell werden die Ergebnisse der LSV-Wahl nur über die Bildungsdirektion veröffentlicht, ohne genaue Details wie Wahlbeteiligung oder Punkteverteilung. Damit alle nachvollziehen können, wie die Wahl ausgefallen ist, sollte die LSV die Ergebnisse künftig selbst über ihre Kanäle teilen – und dabei auch alle wichtigen Infos wie Wahlbeteiligung und Punkteverteilung angeben.

- Die LSV soll die Ergebnisse ihrer eigenen Wahl über ihre Kanäle veröffentlichen und dabei detaillierte Infos zu Wahlbeteiligung, Punkteverteilung und den genauen Ergebnissen bereitstellen.

Am Ende ihrer Amtszeit sollte jedes Mitglied der LSV Rechenschaft ablegen und offen darüber berichten, was in seiner Amtszeit erreicht wurde und welche Herausforderungen bestehen. Das sorgt für mehr Verantwortung und stärkt das Vertrauen in die Arbeit der LSV. Dieser Bericht sollte öffentlich zugänglich sein und vor der nächsten LSV-Wahl präsentiert werden, damit Schüler:innen und besonders deren Vertreter:innen sehen können, was sie von der Arbeit der verschiedenen LSV-Mitglieder erwarten können.

- Jedes Mitglied der LSV soll am Ende der Amtszeit einen Rechenschaftsbericht ablegen, der vor der nächsten LSV-Wahl öffentlich zugänglich gemacht wird.

Schüler:innen haben ein Recht darauf zu wissen, wie mit den Ressourcen der LSV umgegangen wird. Die LSV muss daher regelmäßig eine Übersicht ihrer Ausgaben und Einnahmen bereitstellen, um den verantwortungsvollen Umgang mit den Geldern sicherzustellen. Transparenz über die Finanzen ist ein wesentliches Element von Vertrauen und demokratischer Kontrolle.

- Alle Ausgaben und Einnahmen der LSV müssen transparent veröffentlicht werden und jederzeit zugänglich sein, um allen Schüler:innen Einsicht in die finanzielle Lage der LSV zu gewähren.

Die Landesschüler:innenvertretung trägt eine große Verantwortung für die Vertretung der Interessen aller Schüler:innen eines Bundeslandes. Damit diese Aufgabe glaubwürdig und im Sinne demokratischer Grundsätze erfüllt werden kann, braucht es klare Regeln und deren konsequente Einhaltung. Gerade bei schwerwiegenden Verstößen gegen die Geschäftsordnung – etwa beim bewussten Umgehen von Transparenzrichtlinien – darf nicht weggesehen werden.

- Wir fordern, dass die Bildungsdirektion, falls sie mitbekommt, dass schwere Verstöße gegen die Geschäftsordnung der LSV (z. B. mutwilliges Ignorieren der Transparenzrichtlinien) stattfinden, die Möglichkeit bekommt, gegenüber der verantwortlichen Mandatar:innen Verwarnungen bis hin zu Rücktrittsaufforderungen auszusprechen.

Viele Schüler:innenvertreter:innen haben großartige Ideen – doch oft fehlt es an Ressourcen oder Unterstützung. Eine zentrale Projektbörse der LSV kann helfen, Projekte sichtbar zu machen, Vernetzung zu fördern und andere zum Nachmachen zu motivieren.

- Aufbau einer digitalen Projektbörse der LSV zur Vernetzung und Unterstützung von Schüler:innenprojekten.

Zugang zu Periodenprodukten an ihrer Schule verbessern, stoßen dabei aber oft auf organisatorische oder finanzielle Hürden. Die LSV soll sie dabei unterstützen, passende Kooperationspartner – etwa Apotheken, Drogeriemärkte oder NGOs – zu finden.

- Unterstützung der Schüler:innenvertretungen durch die LSV bei der Suche nach Kooperationspartnern für Periodenprodukte.